

Pressemitteilung

Klausurtagung der CDU-Kreistagsfraktion Heinsberg in Straelen

Zur alljährlichen Klausurtagung versammelte sich die CDU-Fraktion im Kreistag Heinsberg in Straelen. Als Referenten waren die Dezernenten der Kreisverwaltung eingeladen.

Nach kurzer Begrüßung durch den Fraktionsvorsitzenden Norbert Reyans wurde zunächst über die aktuellen Straßenbauvorhaben im Kreis debattiert. Besonders in der Diskussion standen hier noch einmal die L117n Ortsumgehung Ratheim und Millich, die aufgrund des bekannten geschlossenen politischen Appells beim Land erfreulicher Weise doch wieder in oberster Priorität eingestuft wurde, sowie die B221n. Die CDU-Politiker bekräftigten nochmals absolut einhellig, dass die Ortsumgehung Unterbruch genauso erforderlich sei wie der Teil Ortsumgehung Wassenberg.

Der schienengebundene Personennahverkehr liegt den Mitgliedern der Kreistagsfraktion besonders am Herz und so stand auch das Thema Wurmtalbahn auf der Agenda. Nachdem bereits Veranstaltungen zur Bürgerinformation in Geilenkirchen und Heinsberg über die Reaktivierung der Schienenstrecke Heinsberg-Lindern abgehalten und die erforderlichen Kaufverträge für die Infrastrukturanlagen und Grundstücke unter Dach und Fach gebracht worden sind, wird das weitere Verfahren zur zügigen Realisierung nun mit Nachdruck betrieben. Auf seinerzeitigen Antrag der CDU-Fraktion wird derzeit geprüft, inwieweit eine Schienenverbindung von Linnich in den Kreis Heinsberg weiter vorangetrieben werden kann, um mittelfristig eine bessere Verbindung in Richtung Düren/Köln zu erreichen.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Errichtung von Bürgersolaranlagen auf kreiseigenen Deponien. Hierzu hatte die CDU-Fraktion gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Grüne der Verwaltung einen Prüfauftrag erteilt.

Nachdem der Kreis Heinsberg durch die Verpachtung kreiseigener Gebäude erfolgreich das Modell einer Betreibergesellschaft für Bürgersolarstrom mittels Fotovoltaikanlagen ins Leben gerufen hatte, sollte der Kreis Heinsberg nach Auffassung der Politiker einen weiteren Beitrag zur CO2-Reduzierung leisten und den Menschen im Kreis Heinsberg weitere Möglichkeiten bieten, sich mit einem individuellen Beitrag an der regenerativen Energieerzeugung zu beteiligen. Für die Nutzung von Fotovoltaikanlagen kommen möglicher Weise auch die ehemaligen Deponien in Rothenbach und Gangelt-Hahnbusch in Frage.

Eine eigens einberufene Arbeitsgruppe beschäftigt sich derzeit intensiv mit den Detailfragen; ein erster Bericht wird für die nächste Sitzung des Umwelt & Verkehrsausschusses erwartet. Sollte sich herausstellen, dass sich die kreiseigenen Flächen eignen, wird man in Zusammenarbeit mit den Kommunen das Vorhaben vorantreiben.

In Richtung Klimaschutz ging noch ein weiterer gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Grüne vom vergangenen September. Nicht zuletzt nach den Ereignissen von Fukushima ist das Thema Energiewende in aller Munde. Die Verwaltung wurde daher bereits in der Fachausschusssitzung am 19.09.2011 beauftragt, sich über die wesentlichen Inhalte und Vorgehensstrategien für regionale Energie- und Klimakonzepte bei anderen Städten und Kreisen zu informieren und zeitnah darüber zu berichten. Dabei sollen auch Förder- und

Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Ferner soll sie die personellen, finanziellen und technischen Voraussetzungen für eine aktuelle Ist-Analyse über den Strom- und Energieverbrauch sowie die CO² - Emissionen in den verschiedenen Verbrauchssektoren im Kreis Heinsberg aufzeigen.

Mit dieser Entscheidung will man ein politisches Signal setzen, und offensiv mit der Gesamtthematik umgehen. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüßt es daher, dass sich auch die Kreispartei dem Thema bereits im Rahmen einer Informationsveranstaltung angenommen hat. Auch wir im Kreis Heinsberg müssen uns zukunftsfähig machen und Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen übernehmen.

Der bereits im Jahre 2010 unter Beteiligung der CDU-Fraktion ins Leben gerufene Wirtschaftsbeirat stand als nächster Punkt auf der Agenda. Dieser verfolgt das Ziel, strategisches Denken in Politik und Verwaltung für die Zukunftsgestaltung im Kreis Heinsberg zu fördern und durch Austausch und Zusammenwirken zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung mehr Kraft in der Umsetzung strategischer Ziele des Kreises Heinsberg zu entwickeln. Die Unternehmerschaft im Wirtschaftsbeirat hat in Kenntnis des Leitbildes des Kreises Heinsberg acht Einzelthemen als vorrangig erkannt, die sie nun der Politik als gemeinsame Position vorschlägt. Eine erste gemeinsame Sitzung findet am 23.11.2011 statt. Die Fraktion wird sich über die Beratungen fortlaufend informieren.

Nicht zuletzt waren - wie auf jeder Klausurtagung - selbstverständlich auch die Finanzen des Kreises wieder ein besonders wichtiges Thema. Für das Jahr 2012 wird die Haushaltseinbringung zwar erst in der Dezembersitzung des Kreistages erfolgen, da die 1. Modellrechnung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2012 des Landes erst seit kurzem vorliegt; den kreisangehörigen Kommunen kann jedoch jetzt schon signalisiert werden, dass der Kreis im Jahr 2012 einen planerischen Rückgriff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 7,5 Mio. € vornehmen wird, unabhängig davon, wie hoch der Kreisumlagebedarf letztlich sein wird. Für die Kreisumlage wird nach den derzeitigen Planungen im Haushaltsentwurf ein Volumen von rund 111,4 Mio. € vorgesehen werden; eine deutlich niedrigere Summe als im letzten Jahr.

Dieser deutliche Rückgriff in die Ausgleichsrücklage, soll den Kommunen die gewohnte Planungssicherheit geben. Damit stellt der Kreis durch Kontinuität und Verlässlichkeit einmal mehr sein kommunalfreundliches Verhalten unter Beweis. Dafür trägt der Kreis zusätzlich neben dem hohen Rückgriff in die Ausgleichsrücklage auch das Risiko für etwaig auftretende erhebliche Ausgabenerhöhungen, insbesondere im sozialen Bereich.

Nach der Haushaltseinbringung im Dezember werden weitere Beratungen folgen.